

Geschäftsstelle

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Beratungsunterlage zu TOP 5

der 6. Sitzung

Steffen Kanitz: Vorschlag zur Öffentlichkeitsbeteiligung

| |
|--|
| <p>Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe K-Drs. 75</p> |
|--|



Steffen Kanitz

Mitglied des Deutschen Bundestages

Steffen Kanitz · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

An die Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I
„Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz“
Herrn Landesbischof Ralf Meister
Herrn Hartmut Gaßner

- Per E-Mail -

Deutscher Bundestag
Steffen Kanitz
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 –77529
Fax: (030) 227 – 76 733
e-mail: steffen.kanitz@bundestag.de

Wahlkreis
Steffen Kanitz
Elisabethstraße 8-10
44139 Dortmund
Tel: (0231) 55 75 55 104
Fax: (0231) 55 75 55 111
e-mail: steffen.kanitz.ma04@.bundestag.de

www.Steffen-Kanitz.de

Berlin, 27.11.2014

Vorschlag über das weitere Vorgehen für eine aktive Öffentlichkeitsbeteiligung

Sehr geehrter Herr Bischof Meister,
sehr geehrter Herr Gaßner,

vor dem Hintergrund unseres gesetzlichen Auftrags in der Kommission „Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“, die Öffentlichkeit in allen Phasen des Verfahrens umfassend zu informieren und zu beteiligen, halte ich es für dringend geboten, zeitnah ein Konzept vorzulegen, das diesem Anspruch gerecht wird. Daher begrüße ich es sehr, dass Sie dieses Thema in der kommenden Sitzung der AG I unter TOP 5 aufgreifen und möchte ich Ihnen hierzu meine Überlegungen darstellen:

Der Erfolg unserer Arbeit wird maßgeblich davon abhängen, ob die Öffentlichkeit eine neue Tonalität im Beteiligungsprozess wahrnimmt. Öffentlichkeitsherstellung durch die Bereitstellung von Live Streams und Wortprotokollen reicht nicht aus, um diesem Anspruch nach echter Beteiligung gerecht zu werden. Wir müssen unsere Arbeit nicht nur transparent gestalten und die Bürger informieren, sondern ihnen – bereits während der Arbeit der Standortauswahlkommission - ein Forum bieten, durch das sie sich aktiv in den Prozess einbringen können. Dies entspricht ausdrücklich auch dem Wunsch der interessierten Öffentlichkeit.

Aus meiner Sicht sollte ein solches Bürgerforum in regelmäßigen Abständen in verschiedenen Landeshauptstädten organisiert werden. Um dem Ziel einer möglichst repräsentativen bundesweiten Berücksichtigung Rechnung zu tragen, sollte eine zufallsgenerierte Auswahl an Bürgern zu solchen „Bürgerwerkstätten“ eingeladen werden. Darüber hinaus halte ich es für dringend geboten, eine Auswahl an Bürgern aus den Standortgemeinden der bestehenden Zwischenlager einzuladen, da diese schon heute unmittelbar betroffen sind. Im Sinne der Generationengerechtigkeit sollten wir als dritte Zielgruppe unbedingt auch jugendliche Bürger berücksichtigen.

Die im Haushalt der Kommission vorgesehenen Mittel für die Einbindung der Öffentlichkeit erlauben es uns, bei der Erarbeitung eines neuen Beteiligungskonzeptes auf neutralen externen Sachverstand



Steffen Kanitz

Mitglied des Deutschen Bundestages

zurückzugreifen, um einen entsprechenden Prozess zu gestalten. Von dieser Möglichkeit sollten wir meines Erachtens zeitnah Gebrauch machen.

Vor dem Hintergrund von relativ zeitintensiven vergaberechtlichen Bestimmungen rege ich an, noch in diesem Jahr ein Ausschreibungsverfahren auf den Weg zu bringen. Ziel muss es sein, ein Institut zu beauftragen, das über einschlägige Expertise im Bereich von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen verfügt und uns bei der Gestaltung des Beteiligungsprozesses unterstützen kann.

Ich freue mich auf die Diskussion meines Vorschlags und bitte Sie, dieses Schreiben vorab an die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Öffentlichkeitsbeteiligung“ zu verteilen.

Freundliche Grüße

Steffen Kanitz MdB